

# Wilsdruffer Tageblatt

Früher: Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Fernruf Wilsdruff 6 / Postcheck Dresden 2640



Erhebt die auf weiteren vier Montag, Mittwoch u. Freitag nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. „Zeremonie bei Schließung“ die Woche 9. 18. 11. 24. 11. 309 Milliarden, durch unsere Kundigen zugezogen in der Stadt 315 Milliarden auf dem Lande 320 Milliarden, durch die Post monatlich einfließend. Alle Postämter und Poststellen sowie unsere Kundigen und Geschäftsleute nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle kühner Kriege oder sonstiger Verhältnisse hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Tagespreises.

Wochenpreis: die 6 gefüllten Nummern 20 Goldmark, die 3 gefüllten Nummern 10 Goldmark, die 1 gefüllte Nummer 3 Goldmark. Die 3 gefüllten Nummern im täglichen Teile der Zeitung 20 Goldmark. Anzeigenannahme bis zum Montag 10 Uhr. Für die Rückgabe der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernimmt wir keine Garantie. Jeder Anzeigenauftrag muß, wenn der Zeitung durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät, des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharand, Finanzamt Riesa.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen,

des Amtsgerichts u. Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamt Tharand, Finanzamt Riesa.

Nr. 135 — 1923 — 82. Jahrgang.

Sonnabend / Sonntag 17. / 18. November

## Wochenrückblicke.

**Stürmisches Draufgängertum oder Kneiferei? — Tragischer Konflikt — Der 9. November — „Etwas ist faul . . .“ — Neu-Philatelistik — Der Kronprinz kommt! — „Mumpig“ — Scheidung der Geister — Ceterum censeo . . .**

Die ganze Woche stand und steht noch unter dem Eindruck, den die Schieberei von nationalgefärbten Männern in München auf Männer gleicher Sinnesart ausgeübt hat. Mehr als eine Schieberei ist es gewesen. Achtzehn Todesopfer! Die Reichen derer, die bereit waren, ihr alles einzusetzen für die Rückgewinnung des verloren gegangenen deutschen Ansehens im deutschen Innern wie im Auslande, um 18 Kämpfer getötet, das ist mehr als Tragik, das ist Schicksal. Achtzehn Helden hat man in München zu Grabe getragen. In ihrer Bahre weint das gesamte nationale Deutschland. Die Nachwirkungen des verstorbenen Helden sind noch nicht abzusehen. Einstweilen tobt der Kampf der Meinungen noch hin und her, ob überlegtes, allzukunftsmächtiges Draufgängertum oder feige Kneiferei im letzten maßgebenden Augenblick den größeren Teil der Schuld auf sich geladen hat. Bei Männern wie Kahr, Lossow und dem Obersten von Seisser kann natürlich von Kneiferei keine Rede sein. In einem Aufsatz der „München-Augsburger Abendzeitung“ wird Treifschke zitiert, einer der bedeutendsten Geschichtswissenschaftler aller Zeiten. „Der tragische Konflikt“ ist der Aufsatz überschrieben. Damit auch dürfte das Verhalten der Herren um Kahr und Kahr selbst am treffendsten erklärt sein: „Der Staatsmann — sagt Treifschke — hat nicht das Recht, sich die Hände zu wärmen an den rauchenden Trümmern seines Vaterlandes mit dem behaglichen Selbstlob: ich habe nie gelogen; das ist die Tugend des Königs.“ Bleibt der andere Lösungsvorschlag: unüberlegtes stürmisches Draufgängertum. Das Herr von Kahr alle nationalen Strömungen in den Dienst seiner Absichten zu stellen bestrebt war, ist begreiflich, ist Pflicht. Auch die Avant-Garde Hitler, die stürmende, geht es zu zugeln, um sie zu nützen. Dieser war das „ewige Vorbereiten, Prüfen und Erwägen Kahrs“ (nach den Auslassungen des Dr. Friedrich Weber) zu jagen, zu schlapp meinetwegen. (Augend hat ja das besonnene Jüwarien noch nicht geblüht!) Der 9. November — war er nicht der gegebene Tag, mußte er nicht genutzt werden? Hitler, der Mann der wohlentstandenen Pose, um die Verdrängung seines Ehrgeizes dange, konnte sich und die Seinen nicht länger meistern. Er mußte den Tag und — an der Bahre der 18 Besten trauern das nationale Deutschland . . .

Daß der Münchner Putschversuch nicht geeignet war, dem Ansehen Deutschlands im Auslande auf die schwächlichen Beine zu helfen, — wer möchte das bestreiten! Wer aber da draußen nicht so genau über die Gesamtlage im deutschen Reiche orientiert ist, um sich ein Urteil selbst zu bilden, wird, wenn er nur einiges vom Für und Wider des Hitler-Putsches gelesen, doch mit Marcelinus im „Samlet“ sagen müssen: „Etwas ist faul im Staate Dänemark!“

„Unser Notgeld“ (bitte das Wort in weitestem Ausmaße gelten zu lassen!) steht ja bei uns fast auf dem Nullpunkte der Anerkennung. Darin liegt — ein schwacher Trost allerdings — für uns die Gewähr, daß das Notgeld nicht weiter Zeuge unseres politischen und wirtschaftlichen Verfalls sein kann. Dessen bedarf es ja auch kaum mehr, haben wir dafür doch die Briefmarken! Bei ihrer räumlich beschränkten Ausdehnung vermag sie die erforderlichen Nullen nicht mehr zu lassen. Die neuen, mit Anfang dieser Woche gültigen Marken zeigen denn auch nur noch die aufgedruckte ein- und mehrstellige Zahl an Milliarden, für die die Marken gelten. Und wenn die dreistelligen Zahlen nicht mehr ausreichen, dann werden auch hier aus Milliarden Billionen, wie es das Notgeld gelehrt. „And wer des Lied nicht weiter kann, der sange es von vorne an“, bei der Rentenmark oder ihresgleichen. Wenn aber Friedrich Ebert und Stresemann im Verein mit dem Reichspostminister die Urkunde der Ehrenmitgliedschaft zu allen philatelistischen Weltverbänden in der Tasche tragen, ihrer „Verdienste“ um die Hebung der Briefmarken auf diesem Gebiete willen, dann — ist nicht mehr weit unsere goldene Zeit . . .

„Der Kronprinz, er ist's, er kommt!“ — So riefen die Kämpfer auf preussischer Seite in der Entscheidungsschlacht vom 3. Juli 1866, als sie der Kronprinzenarmee im Augenblicke der größten Not ansichtig wurden. Und mit diesem Eingreifen war den Armeen des Prinzen Friedrich Karl und Franzedo's der Sieg gewiß. Wer der Ansicht gewesen, daß das Kommen eines anderen Kronprinzen lust in diesen Tagen eine Wagschale rühre, der besand sich im Irrtum. Den letzten Kronprinzen Preußens und des deutschen Reiches führte Heimatschutz ins Vaterland zurück. Seine Frau, seine Kinder wiederzusehen, das waren seinem Kommen Anlaß und Ziel. Daran vermögen die hämischen Aufsätze gewisser Wätter nichts zu ändern. Und wenn Frankreich diesen Heimatschutz zum Anlaß nimmt, erneut mit Repräsentanten und dergleichen zu drohen, so beweist das eben, wie den Herrschaften jedes Mittel zu solchen Drohungen gerade recht ist. Es zeugt von den nervösen Zuständen, denen ein Franzosenberg anheimfällt, wenn nur ein Gebanke an das, was früher in Deutschland war, in ihm Platz greift. Wenn die Amerikaner an „Protesten“ u. dergl. anlässlich dieses Kronprinzenbesuches nicht teilnehmen und solche Bestrebungen mit der allein richtigen Bezeichnung „Mumpig“ belegen, so sprechen sie damit den vernünftigen Deutschen aus der Seele.

Die Scheidung der Geister nach rechts und links tritt immer stärker in die Erscheinung. Kein Tag, an dem nicht wichtige Zeichen darauf hindeuten. Die große Koalition ging in die Brüche und Stresemann ist um ihre Ueberlieferung stark bemüht. „Doch wer einmal tot daliegt, wird nicht mehr lebendig“, so heißt's in dem Liebes vom Römer Varus. So trifft's auch die große Vereinigte Sozialdemokratische Partei. Wer da zwischen den Zeilen der Abonnementseinladungen ihrer führenden Organe zu lesen vermag, — wer den mehr als weinerlichen Ton versteht, mit dem sie stehend die Hände ringen

um das Verweilen jedes ihrer „Getreuen“, der weiß genug. Die Elite ihrer Gefolgschaft sind die Buchdrucker wohl immer gewesen. Trotz Anseindungen aller Art! Der verdorene Streit in den Berliner Notgeldfabriken, der mit dem Abfall eines großen Teiles der Buchdrucker zum neu gegründeten „Verbandsverband deutscher Buchdrucker“ unter Anlehnung an den deutschnationalen Nationalverband deutscher Berufsverbände endigte, — spricht er nicht Vände? — Wie pflegte der ältere Cato seine Neben im römischen Senat zu beschließen? „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam . . .“ — Jupiter.

## England gegen Frankreichs Beschützung der Sonderbündeleien.

### Eine Interpellation der Sozialdemokraten.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im Reichstage folgende Interpellation eingebracht:

„Die hemmungslos fortschreitende Zerrüttung der Finanzen des Reiches, der Länder und Kommunen und der daraus folgende Währungsverfall haben zu einer Störung in der Produktion, zu einer Anarchie in der Preisbildung und zu einer Unterbezahlung der Arbeitskraft geführt, die eine Hungerlatastrophe in gefährliche Nähe rücken. In den breiten Volksmassen besteht die Auffassung, daß die bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung unzulänglich und teilweise einseitig unter allzu großer Schonung leistungsfähiger Volksteile ergriffen worden sind. Die Unterzeichneten fragen deshalb die Reichsregierung:

1. Wie ist der augenblickliche Stand der Reichsfinanzen? Wie hoch sind die täglichen Ausgaben und Einnahmen?
2. Wie gestaltet sich voraussichtlich der Etat in den nächsten Monaten, in Goldmark berechnet?
3. Welche Maßnahmen hat die Regierung zur Beseitigung des Defizits ins Auge gefaßt? Wie denkt sie sich insbesondere das Verhältnis der Reichsfinanzen zu denen der Länder und Gemeinden?
4. Stehen die zu treffenden Währungsmaßnahmen fest, insbesondere auch die Einlösung der Papiermark in eine wertbeständige Anleihe oder in ein wertbeständiges Zahlungsmittel?
5. Ist sichergestellt, daß die Reichsbank künftighin Kredite ausschließlich auf Goldbasis gibt?
6. Wer trägt die Verantwortung für die Verschleuderung der Goldanleihe und die dadurch bewirkte Schädigung der Reichsfinanzen; welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um die durch die verzögerte Zuteilung von Goldanleihestücken entstandenen Privatgewinne für das Reich zu beschlagnahmen?“

### Am 20. November Reichstagsfigung.

Berlin, 15. Nov. Der Vortag des Reichstages trat im Gegenjah zu den bisherigen Dispositionen auf Verlangen mehrerer Parteien schon heute zusammen und beschloß nach einstündiger Sitzung, die Plenarsitzung des Reichstages am Dienstag, den 20. November, nachmittags 1 Uhr stattfinden zu lassen. Auf die Tagesordnung wurde außer kleineren Verträgen mit auswärtigen Staaten die politische Aussprache gesetzt. Am Montag, den 19. November, vormittags, wird der Auswärtige Ausschuss tagen, der sich mit der Lage im besetzten Gebiet befassen wird.

### Massenkündigungen im Ruhrgebiet.

Gelsenkirchen, 15. Nov. Auf den Zeichen ist am Mittwoch folgende Bekanntmachung an die Belegschaft angeschlagen worden: „Bei der völligen Erschöpfung der Betriebsmittel, bei der Unmöglichkeit der Abschmöglichkeiten und der trostlosen Lage des Betriebs, bei den schweren uns von den Besatzungsmächten gestellten Bedingungen ist es heute nicht zu überleben, ob und inwieweit in Zukunft ein Betrieb möglich ist. Wir sind daher zu unserem Bedauern gezwungen, unserer gesamten Belegschaft zum 30. November zu kündigen.“

### Teilweise Auszahlung der Reichsbezüge in Rentenmark.

Berlin, 15. Nov. Den Beamten, Angestellten und Arbeitern des Reichs und den Beamten und Angestellten der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) wird am 15. und 16. November zum erstenmal ein Teil ihrer Bezüge in Rentenmark ausgezahlt. Aus kassenrechtlichen Gründen wird hierbei der Umrechnungssatz von 300 Milliarden Papiermark gleich 1 Rentenmark zugrunde gelegt. Dieser Umrechnungssatz hat nur rechnersche Bedeutung für das Innenverhältnis zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, als Arbeitgeber einseitig und den obengenannten Gehalts- und Lohnempfängern andererseits. Der Kursfestsetzung der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr sollte hierdurch in keiner Weise vorgreiffen werden. Inzwischen

ist der Kurs der Rentenmark für den öffentlichen Verkehr auf 600 Milliarden festgesetzt worden. Die erhöhte Zahlung die sich hieraus für die genannten Gehalts- und Lohnempfänger ergibt, wird bei der Festsetzung der Nachzahlungen für das dritte Novemberviertel und die entsprechende Arbeiterlohnwoche berücksichtigt werden.

### 100 Millionen Rentenmark ins Ruhrgebiet

Berlin, 15. Nov. Das Reichskabinett hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, von dem Gesamtkredit, der dem Reiche in Höhe von 800 Millionen Mark von der Rentenbank zur Verfügung gestellt worden ist, einen Betrag im Werte von 100 Millionen Rentenmark für die Fortsetzung der Reichsausfälle an das besetzte Gebiet, insbesondere der Erwerbslosenunterstützung, bereitzustellen.

### Rückkehr auch Wilhelm II.?

Berlin, 15. Nov. Unter Bezug auf die Rückkehr des Kronprinzen in seine deutsche Heimat werden in der französischen Presse Mitteilungen über angebliche Verhandlungen zwischen Schloß Doorn und der Reichsregierung gemacht, die die Rückkehr auch des ehemaligen Kaisers nach Deutschland vorbereiten sollen. Es wird sogar schon ein bestimmter Termin, nämlich der 4. Dezember, genannt. Diese Mitteilungen, deren tendenziöser Charakter auf der Hand liegt, entbehren jeder Grundlage. Daß der Kaiser selbst nicht die Absicht hegt, nach Deutschland zurückzukehren, beweist eine Äußerung, die er einer ihm nahestehenden Persönlichkeit aus den früheren Hofkreisen gegenüber gelegentlich einer Unterhaltung über die Rückkehr seines Sohnes geäußert: „Ich kann aus Gründen der monarchischen Ehre nicht nach Deutschland kommen. Ich kann nicht als Privatmann in ein Land zurückkehren, das ich 30 Jahre lang regiert habe.“

### England protestiert.

Paris, 15. Nov. Gestern in später Abendstunde erschien der englische Botschafter Lord Crews auf dem Quai d'Orsay, der einen neuerlichen Protest der englischen Regierung gegen die Haltung Frankreichs gegenüber der rheinischen Separatistenbewegung überbrachte. Das englische Kabinett entwickelte aus stichhaltigen juristischen Gründen den Standpunkt, daß die Schaffung einer unabhängigen rheinischen Republik den Versailler Vertrag aus der Welt schaffen würde. Der Versailler Vertrag sei von den Vertretern der Reichsregierung unterzeichnet. Wenn sich aus dem Reichskörper einzelne Staaten lösten, so wären diese nicht mehr verpflichtet, die Bestimmungen des Vertrages anzuerkennen. Außerdem sei in den Artikeln 27 und 28 des Versailler Vertrags das Ruhrgebiet innerhalb der dort aufgezählten Grenzen garantiert. Poincaré übergab seinerseits dem englischen Botschafter eine Note, die eine Antwort auf die englische Note vom 5. November darstellt. In dieser hatte das englische Kabinett gegen die Haltung Frankreichs gegenüber der rheinischen Separatistenbewegung protestiert und darauf hingewiesen, daß die Franzosen die Untertie der Separatisten im Rheinland und in der Pfalz begünstigen. Poincaré behauptet in seiner Note, dies sei unrichtig, alle Franzosen übten strengste Neutralität. (!)

### Sonderbündler rauben unter dem Schutze der Franzosen deutsche Gelder.

Speyer, 15. Nov. Die Sonderbündler brachen in die hiesige Reichsbankanstalt ein, verhafteten den Direktor und schoben ihn ins unbesetzte Deutschland ab. Die Geldschätze wurden von den Separatisten erbrochen und ihres Inhalts, der zum größten Teil in wertbeständigen Zahlungsmitteln bestand, beraubt.

In Neustadt (Saardt) drang ein Kommissar der sog. vorläufigen Regierung der autonomen Pfalz, ein Sonderbündler namens Nowol, in Begleitung eines Franzosen in eine Druckerei ein, die mit dem Druck von Kreisnotgeld beschäftigt ist, und erklärte alles Geld für beschlagmahnt. Die Zeitungen wurden zur Veröffentlichung einer Bekanntmachung gezwungen, wonach die Veröffentlichung bei Vermeidung von Strafe verpflichtet ist, das beschlagmahnte Notgeld, das noch einen Stempel der „Regierung“ erhält, anzunehmen.